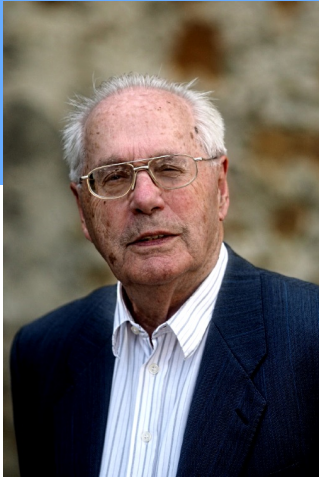


Keupers

kritischer

Kommentar



05-02-2018

Mai 2018

Trotz Vollzeitjob von Armut bedroht.

Rund 3,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Vollzeitjob verdienen im Jahre 2016 weniger als 2.000,00 Euro brutto im Monat. Das geht laut Spiegel vom 29. April, aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken hervor. Das sind, in etwa in etwa 17,3 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten in Deutschland. In den Ländern der alten Bundesrepublik sind es im Schnitt 14,7 Prozent und in den ostdeutschen Ländern sind es 31,7 Prozent, dabei in Mecklenburg-Vorpommern sogar 36,7 Prozent, das sind mehr als jeder Dritte!

Aber auch die 15,3 Millionen Beschäftigte, die nur in Leih- oder Teilzeit arbeiten, werden am Monatsende in der Regel nur ein Einkommen von brutto unter 2.000,00 Euro erzielen, das heißt, rund 19 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer in Deutschland verfügen am Monatsende weniger als 2.000,00 Euro. Das sind bei 39,9 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer somit rund 48 Prozent, die ein sehr geringes Einkommen haben, welches nicht ausreichen wird, um nach 45-jährigen ununterbrochenem Arbeitsleben eine Rente knapp über der Grundsicherung hinaus zu bekommen. Rechnet man die Zahl der Beschäftigten mit Minijobs noch hinzu, sowie die Personen die zeitweise längerfristig zu den Nichtbeschäftigten zählten, wird der Anteil derer, die später im Alter in akuter Armut leben müssen, sich noch wesentlich erhöhen. Das bedeutet, die Durchschnittsrente, welche heute circa 1.337 Euro netto pro Monat beträgt, wird sich in Zukunft auf mehr gegen 1.200,00 Euro (nach heutigen Kaufwert) oder noch weniger bewegen. Da sich für den zuvor beschriebenen Personen mit sehr geringen Einkommen die erforderlichen Aufwendungen für eine nennenswerte private Altersvorsorge erübrigt bzw. unmöglich ist, sind auch Ideen einer Erhöhung der Rentenbezüge, durch eine staatlicher Förderung privater Altersvorsorgeversicherungen für diesen Personenkreis obsolet.

Aber nicht nur die Versorgung im Rentenalter wird für diesen Personenkreis ohne öffentliche Förderung und Unterstützung kaum zu stemmen sein. Auch bei einer möglicherweise eintretenden Pflegebedürftigkeit werden sie die dazu erforderlichen Finanzmittel kaum aufbringen können, das heißt, eine Unterbringung in stationären Pflegeeinrichtungen ist, wegen den damit verbundenen privaten Kostenbeteiligungen für sie nicht möglich. Sodas die kommunalen Sozialeinrichtungen einspringen müssen, was bei der Menge der zukünftigen pflegebedürftigen Personen mit geringen Einkommen und/oder Vermögen, (siehe oben et-

wa 48 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten), diese an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit bringen dürfte.

Funktionieren in 20 oder 30 Jahren noch die sozialen Ausgleichsfunktionen?

Damit steht aber fest, dass der Staat Gefahr läuft, seine sozialen Ausgleichsverpflichtungen, wenn nicht drastische Veränderungen in der Arbeitswelt hinsichtlich Einkommen und langfristige Arbeitsplatzgarantien erfolgen, nicht mehr erfüllen kann.

Eine Autorengruppe um Prof. Dr. Eberhard Hamer hat die Zukunftsentwicklungen bis 2050 diskutiert und die Ergebnisse ihrer Beratungen in einem Buch mit dem Titel „2050“, (erschienen im Kopp-Verlag), veröffentlicht. In Sachen sozialer Entwicklungen schreiben sie unter anderem: „Große Probleme ergeben sich zukünftig bei den Sozialsystemen, weil sie alle in die Schere zwischen wachsenden Ansprüchen und einer Zahl wachsender Anspruchsberechtigten einerseits und sinkender Leistungskraft und weniger Leistungsträger andererseits geraten.“ Sie folgern daraus, dass alle Sozialsysteme zu einer Mindestversorgung abschmelzen und somit ihrer sozialen Anforderungen nicht mehr gerecht werden könnten.

Das gilt besonders für die Altersvorsorge. Nicht nur für die staatliche Rente, die immer weniger bezahlbar wird und immer weniger Versorgung gewähren kann, auch eine private Altersvorsorge wird durch die Niedrigzinspolitik immer mehr negativ beeinflusst. Folgen einer möglichen Finanzkrise mal bewusst ausgeschlossen.

Nur ein sozialer Staat garantiert eine Demokratie!

Um einem drohenden Verfall der Sozialsysteme entgegenzutreten, sind gravierende Veränderungen bei der Bewertung menschlicher Arbeitsleistung und unserer Gesellschaftsordnung einzuleiten. Gerade im Hinblick auf die kommenden Folgen einer digitalen Wirtschaft muss sichergestellt werden, dass nicht nur den immer mehr zur Flexibilität aufgeforderten Arbeitskräften eine gewisse Privatsphäre gesichert bleibt, sondern auch ihre Arbeitsleistung entsprechend honoriert wird. Dazu muss endlich das neoliberale Denken überwunden werden, auch der globale Kapitalismus muss endlich eingeschränkt werden.

Die Politik, insbesondere eine progressive Sozialdemokratie, muss den Entwicklungen einer neuen digitalen Arbeitswelt vehement entgegenzutreten, in dem nicht nur die vorhandenen sozialen Fehlentwicklungen der letzten Jahre durch eine sogenannten „Reformpolitik“ behoben werden müssen, sondern in dem man auch die zukünftigen Veränderungen in Folge der digitalen Evolution in politisch gewollte Bahnen lenkt und gemäß dem Profil einer erstrebenswerten sozialen Arbeitswelt gestaltet. Der freie demokratische Sozialstaat muss auch in Zukunft die Richtlinien für Menschenwürde, für Arbeit und Soziales, für Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens vorgeben und bestimmen, und nicht das globale Wirtschafts- und Finanzakteure dem Staat, der Politik ihre Vorstellungen diktieren. Denn nur ein funktionierender Sozialstaat ist in der Lage, eine freiheitliche Demokratie zu gewährleisten!

Ohne sozialen Ausgleich, ohne soziale Sicherheit gibt es keine solidarische Gesellschaft, keine soziale Gerechtigkeit. Konfrontierende Gesellschaftsschichten, die sich nur für eigene Vorstellungen und Ziele engagieren und sie versuchen durchzusetzen zu wollen, können

letztendlich nur durch autoritäre Regierungsformen gebändigt und gemeistert werden. Neoliberale Politik fördert nicht die Demokratie oder die Freiheit, sondern nutzt undemokratischen Vorstellungen!

Daher, um den weiter oben beschriebenen Kollaps der Sozialsysteme zu verhindern, muss das neoliberale Denken, welches die Politik in der Bundesrepublik, ja, auch teilweise die Politik der SPD zurzeit bestimmt, endlich aufgegeben werden. Denn eine Freiheit des Einzelnen ist nur im Zusammenhang mit der Freiheit und der Solidarität der vorhandenen Zivilgesellschaft möglich. Um diese Zivilgesellschaft zu erhalten und zu stärken, muss die Sozialdemokratie eine neuausgerichtete Sozialpolitik der Zukunft entwerfen. Mit einer solchen Zukunftspolitik wird sie nicht nur den Niedergang der vorhandenen Sozialsysteme verhindern bzw. die Systeme neu gestalten, sondern sie wird die Menschen in eine bessere Zukunft geleiten.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 20. Mai 2017,

Heinrich Keuper